Verfahrensordnung Hinweisgebersystem SPIEGEL-Gruppe

Präambel

Sagen, was ist. Wir ermöglichen nicht nur unseren Leserinnen und Lesern den Blick hinter die Fassade der Nachrichtenwelt, sondern wir decken auch Missstände in der SPIEGEL-Gruppe auf. Schon 2019, im Zusammenhang mit dem Fälschungsfall Relotius, haben wir eine Ombudsstelle gebildet, die Hinweise auf Unregelmäßigkeiten in der Berichterstattung entgegennimmt und diesen nachgeht. Des Weiteren können seit diesem Zeitpunkt anonyme Hinweise, die sich auf journalistische Themen beziehen, an den externen Rechtsanwalt Tilmann Kruse gemeldet werden.

Dieses Hinweisgebersystem werden wir nun für Mitteilungen zu anderen Unregelmäßigkeiten, insbesondere für Beschwerden nach dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz („LkSG“) sowie anderen Compliance-Verstößen, erweitern (nachfolgend „Beschwerdeverfahren“). Es gilt für alle konzernverbundenen Unternehmen der SPIEGEL-Gruppe, die für Angebote wie den SPIEGEL, das manager magazin, den Harvard Business manager, SPIEGEL TV oder 11FREUNDE verantwortlich sind.

Dabei achten wir darauf, dass Personen, die Hinweise geben oder Beschwerden einreichen (nachfolgend „hinweisgebende Personen“ genannt), weder diskriminiert noch eingeschüchtert werden oder andere Vergeltungsmaßnahmen fürchten müssen. Gleichzeitig wahren wir die Interessen von Personen, die Gegenstand einer Meldung oder Offenlegung sind (nachfolgend „betroffene Person(en)“ genannt). Für sie gilt die Unschuldsvermutung so lange, bis der Vorwurf bestätigt worden ist.

Mit dieser Verfahrensordnung machen wir die Prozesse und Zuständigkeiten transparent, wie mit Hinweisen oder Beschwerden (nachfolgend „Hinweise“ genannt) intern umgegangen wird

1. Welche Hinweise können gemeldet werden?

Über das Beschwerdeverfahren können sämtliche Hinweise auf mögliche Gesetzes- und/oder Regelverstöße einschließlich menschenrechtliche oder umweltbezogene Risiken oder Verletzungen (nachfolgend „Verstöße“), die durch das wirtschaftliche Handeln der SPIEGEL-Gruppe im eigenen Geschäftsbereich oder entlang der Lieferkette bevorstehen oder schon eingetreten sind, sowie Verstöße gegen die redaktionellen SPIEGEL-Standards, beispielsweise durch Unregelmäßigkeiten in der Berichterstattung oder andere unethische Verhaltensweisen, gemeldet werden.

Wir ermutigen alle hinweisgebenden Personen begründete Verdachtsmomente oder Wissen über tatsächliche oder mögliche Verstöße, die bereits begangen wurden oder sehr wahrscheinlich erfolgen werden, sowie Versuche der Verschleierung solcher Verstöße zu melden. Die hinweisgebende Person soll eine Meldung stets abgeben, wenn er/sie im guten Glauben ist, dass die von ihm/ihr mitgeteilten Tatsachen zum Zeitpunkt des Hinweises zutreffend sind.

2. Über welche Meldekanäle können Sie Hinweise einreichen?

Die SPIEGEL-Gruppe bietet allen potenziellen hinweisgebenden Personen verschiedene Meldekanäle an. Alle Kanäle sind gleichwertig, d. h. es werden alle Hinweise, unabhängig über welchen Kanal sie abgegeben werden bzw. eingehen, gleichbehandelt.

Die SPIEGEL-Gruppe ermöglicht allen hinweisgebenden Personen die Möglichkeit, Hinweise anonym, ohne Offenlegung der eigenen Identität, einzureichen.

a. Ombudsstelle

Hinweise zu mutmaßlichem redaktionellen Fehlverhalten der Redaktion des SPIEGEL und Verstößen gegen die SPIEGEL-Standards können per E-Mail (ombudsstelle@spiegel.de) an die interne Ombudsstelle abgegeben werden. Mitglieder der Ombudsstelle sind

- Susmita Arp, Dokumentationsjournalistin beim SPIEGEL,
- Jan Siegel, Leiter der Rechtsabteilung im SPIEGEL-Verlag und
- Stefan Weigel, Blattmacher im Editorial Desk des SPIEGEL.

b. Interne Meldestelle

Hinweise zu allen anderen, nicht redaktionellen Themen können per E-Mail (hinweisgeber@spiegel.de) oder telefonisch (+49 40 3007 3048 oder +49 40 3007 2396) an die interne Meldestelle abgegeben werden. Mitglieder der internen Meldestelle sind

- Veronika Isbarn, Mitglied der Rechtsabteilung im SPIEGEL-Verlag, insb. für Datenschutz
- Jan Siegel, Leiter der Rechtsabteilung im SPIEGEL-Verlag

c. Externer Rechtsanwalt

Hinweisgebende Personen, die gegenüber der SPIEGEL-Gruppe anonym bleiben wollen, können sich in den Fällen a. und b. auch per E-Mail an den externen Rechtsanwalt Tilmann Kruse (Hinweisgeber-SPIEGEL@bmz-recht.de) wenden; Herr Rechtsanwalt Kruse ist ansonsten wie folgt erreichbar: Neuer Weg 13, 24568 Kaltenkirchen, Telefon +49 4191 91918-0.

d. Externe Meldestelle

Hinweisgebende Personen können sich elektronisch, schriftlich, telefonisch oder persönlich bei der externen Meldestelle des Bundes beim Bundesamt für Justiz melden. Es besteht dort auch die Möglichkeit, sich anonym zu melden.

- Den Link zum elektronischen Hinweisgebersystem sowie dem elektronischen Formular finden Sie [hier](#).
- Schriftlich (auf Deutsch oder Englisch) erreichen Sie die externe Meldestelle wie folgt:
Bundesamt für Justiz
Externe Meldestelle des Bundes
53094 Bonn
- Telefonisch (auf Deutsch oder Englisch) können Sie die externe Meldestelle von Montag bis Donnerstag von 9.00 Uhr bis 15.00 Uhr und am Freitag von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr unter der Nummer +49 228 99 410-6644 erreichen.

- Sie können die externe Meldestelle auch persönlich aufsuchen. Bitte vereinbaren Sie hierzu schriftlich oder telefonisch (von Montag bis Donnerstag von 9.00 Uhr bis 15.00 Uhr und am Freitag von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr) einen Gesprächstermin.

Weiterführende Informationen zur externen Meldestelle finden Sie [hier](#).

3. Wer kann hinweisgebende Person sein?

Hinweisgebende Person können alle internen und externen Personen sein. Damit sind insbesondere folgende Personen eingeschlossen: Alle jetzigen und früheren Mitarbeitenden der SPIEGEL-Gruppe, Geschäftspartner (unmittelbare und mittelbare Lieferanten sowie Kunden) und deren Mitarbeitende sowie sonstige Dritte.

4. Wie wird mit meiner Nachricht umgegangen? Wer erfährt davon?

Unabhängig davon, welcher Meldekanal von der hinweisgebenden Person gewählt wird, behandeln wir sämtliche Hinweise vertraulich. Wir sind allerdings gehalten, gesetzliche Auskunftspflichten gegenüber Behörden sowie gesetzliche Ausnahmen vom Vertraulichkeitsgebot zu beachten.

Die Vertraulichkeit der Identität der hinweisgebenden Person bleibt während des gesamten Prozesses gewahrt. Davon umfasst sind auch Personen, die Gegenstand einer Meldung sind, und sonstige in der Meldung genannten Personen. Nicht befugten Mitarbeitenden wird der Zugriff auf die Meldekanäle verwehrt.

Alle Informationen werden unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Vertraulichkeit durch einen mit der Durchführung des Beschwerdeverfahrens von der SPIEGEL-Gruppe beauftragten, unter Ziff. 2 b. genannten Mitarbeitenden bearbeitet (nachfolgend „Beschwerdebeauftragte“ genannt). Die Beschwerdebeauftragten sind unparteiisch, das heißt, sie sind bei der Erfüllung ihrer Aufgabe unabhängig und nicht an Weisungen gebunden.

Personenbezogene Informationen, die eine Identifizierung ermöglichen, dürfen nur auf „Need to know-Basis“ weitergegeben werden, wenn dies für die Untersuchung der Meldung erforderlich ist und im Einklang mit Datenschutzanforderungen steht. Die Verarbeitung der Hinweise erfolgt im Rahmen der geltenden datenschutzrechtlichen Bestimmungen.

5. Wie werde ich als hinweisgebende Person geschützt?

Die SPIEGEL-Gruppe stellt sicher, dass hinweisgebende Personen, die begründete Verdachtsmomente oder Wissen über tatsächliche oder mögliche Verstöße, die bereits begangen wurden oder sehr wahrscheinlich erfolgen werden, sowie Versuche der Verschleierung in gutem Glauben melden, vor allen Einschüchterungen oder Repressalien geschützt sind, auch wenn sich der gemeldete Verdacht nicht bestätigt hat. „In gutem Glauben“ bedeutet, dass die Person zum Zeitpunkt der Meldung überzeugt ist, dass die Darstellung der Wahrheit entspricht, unabhängig davon, ob eine spätere Untersuchung diese Darstellung bestätigt oder nicht. Eine wissentliche Falschmeldung über einen Verstoß mit dem Ziel, eine andere Person vorsätzlich und wahrheitswidrig zu beschuldigen, stellt einen Compliance-Verstoß dar und wird mit angemessenen Maßnahmen geahndet.

Einschüchterungsversuche und Repressalien gegenüber Mitarbeitenden, die in gutem Glauben ein tatsächliches oder vermutetes Fehlverhalten melden, werden nicht geduldet.

Wenn Sie den Eindruck haben, dass Sie, aufgrund Ihrer Meldung von Verstößen, Einschüchterungen oder Repressalien erleiden, wenden Sie sich per E-Mail (compliance@spiegel.de) an den Compliance-Beauftragten der SPIEGEL-Gruppe.

Compliance-Bedenken, die Einschüchterung oder Repressalien wegen der Meldung eines Verstoßes betreffen, werden ebenfalls nach den oben dargestellten Prinzipien untersucht.

Soweit die hinweisgebenden Personen Mitarbeitende eines unmittelbaren Zulieferers der SPIEGEL-Gruppe sind, bemüht sich das Unternehmen, entsprechende vertragliche Regelungen mit dem Zulieferer zu treffen.

6. Wie werden Hinweise bearbeitet?

Sofern über die Meldekanäle nach Ziff. 2 b. und c. ein Hinweis zu nichtredaktionellen Angelegenheiten eingeht, wird dessen Eingang dokumentiert. Der/die Beschwerdebeauftragte bestätigt der hinweisgebenden Person den Eingang des Hinweises spätestens nach sieben Tagen und veranlasst alle weiteren wesentlichen Schritte zur Bearbeitung des Hinweises. Hierbei wird zunächst die Stichhaltigkeit des eingegangenen Hinweises bzw. des gemeldeten Verstoßes geprüft sowie der Sachverhalt mit der hinweisgebenden Person erörtert; bei anonymen Meldungen jedoch nur, soweit dies möglich ist. Der/die Beschwerdebeauftragte hält mit der hinweisgebenden Person Kontakt und ersucht sie erforderlichenfalls um weitere Informationen.

Im Falle eines konkreten Verdachts auf einen möglichen Verstoß wird der/die Beschwerdebeauftragte den Sachverhalt selbst untersuchen, gegebenenfalls interne/externe Spezialisten der SPIEGEL-Gruppe hinzuziehen und eine Untersuchung einleiten oder, unter Wahrung des Vertraulichkeitsschutzes und des Datenschutzes, den Hinweis an die intern zuständige Stelle zwecks weiterer Untersuchung und Bearbeitung weiterleiten.

Falls weder ausreichende faktenbasierte Informationen vorliegen noch die Kontaktaufnahme mit der hinweisgebenden Person möglich ist, wird der gemeldete Verstoß aufgrund mangelnder Substantiierung geschlossen.

7. Wann erfolgt eine Rückmeldung?

Die Hinweisgebende Person wird in den Fällen der Ziff. 6 innerhalb von drei Monaten nach der Bestätigung des Eingangs der Beschwerde eine Rückmeldung über die geplanten oder bereits umgesetzten Folgemaßnahmen sowie die Gründe für diese informiert. Eine Rückmeldung erfolgt allerdings nur, wenn dadurch interne Nachforschungen oder Ermittlungen nicht berührt und die Rechte der Personen, die Gegenstand einer Beschwerde sind, nicht beeinträchtigt werden.

Auch in den Fällen, in denen einem Hinweis nicht weiter nachgegangen und das Verfahren ohne weitere Maßnahmen abgeschlossen wird, erfolgt eine Rückmeldung. Steht nach Überzeugung des/der Beschwerdebeauftragten nach erfolgter Sachverhaltsaufklärung, Erörterung und Untersuchung fest,

dass kein Verstoß vorliegt, wird die hinweisgebende Person schriftlich oder per E-Mail informiert. Das Verfahren wird in diesem Fall eingestellt.

8. In welchen Fällen werden Folgemaßnahmen eingeleitet?

Wenn die Untersuchung den Verstoß bestätigt, werden angemessene Folgemaßnahmen durch die im Unternehmen verantwortliche Stelle eingeleitet.

Im Falle eines Verstoßes gegen das LkSG kann im Austausch mit der hinweisgebenden Person ein Vorschlag zur weiteren Vorgehensweise (insbesondere Präventiv- und/oder Abhilfemaßnahmen) erarbeitet werden.

9. Werden Folgenmaßnahmen getrackt?

Die Umsetzung von Folgemaßnahmen wird vom Compliance-Beauftragten getrackt, sofern nicht die Menschenrechtsbeauftragte zuständig ist.

10. Wie werden betroffene Personen geschützt?

Jede von einem Hinweis betroffene Person wird zu gegebener Zeit und unter Berücksichtigung der datenschutzrechtlichen Vorgaben über die gegen sie gerichteten Verdachtsäußerungen benachrichtigt, sofern diese Benachrichtigung nicht den Fortgang des Verfahrens zur Feststellung des Sachverhalts bzw. die Durchführung der Folgemaßnahmen erheblich erschweren würde.

Für sie gilt die Unschuldsvermutung so lange bis der Hinweis bestätigt worden ist.

Die Benachrichtigung erfolgt spätestens nach Abschluss der Ermittlungen bzw. wenn die Ermittlungen nicht mehr gefährdet werden können.

Bestätigt sich ein mit der Beschwerde vorgebrachter Verdacht nicht, kann die betroffene Person die Löschung ihrer in diesem Zusammenhang von der SPIEGEL-Gruppe gespeicherten Daten verlangen.

11. Erfolgt eine Benachrichtigung nach Abschluss des Verfahrens?

Die hinweisgebende Person wird, sofern die Möglichkeit der Kontaktaufnahme besteht, über den Abschluss des Beschwerdeverfahrens informiert.

Die Bearbeitungszeit ist stark fallabhängig und kann daher von wenigen Tagen bis zu mehreren Monaten dauern. Wir sind jedoch bemüht, die Untersuchung zeitnah abzuschließen.

12. Datenschutz

Bei Verfahren nach dieser Verfahrensordnung werden personenbezogene Daten erhoben und gespeichert. Der Umgang mit solchen personenbezogenen Daten erfolgt stets unter Einhaltung der geltenden Datenschutzvorgaben. Es werden nur solche personenbezogenen Daten verarbeitet, die zur Abwicklung der in dieser Verfahrensordnung bezeichneten Zwecke erforderlich sind.

Personen, die an dem Verfahren beteiligt sind, darunter auch die hinweisgebende Person selbst, können sich jederzeit per E-Mail (datenschutz@spiegel.de) an den Datenschutzbeauftragten der SPIEGEL-Gruppe wenden, um prüfen zu lassen, ob die aufgrund der einschlägig anwendbaren Bestimmungen bestehenden Rechte beachtet wurden.

Die jeweils geltenden gesetzlichen Aufbewahrungs- und Löschfristen werden gewahrt.

Sämtliche Personen, deren personenbezogene Daten im Rahmen eines Verfahrens nach dieser Verfahrensordnung verarbeitet werden, können – bei Vorliegen der entsprechenden gesetzlichen Voraussetzungen – ihr Recht auf Berichtigung unrichtiger Daten, auf Sperrung oder Löschung ihrer Daten oder auf Auskunft über sie gespeicherte personenbezogene Daten verlangen. Ferner können diese Personen auch jederzeit ihr Recht auf Datenübertragbarkeit geltend machen oder sich bei einer Aufsichtsbehörde über eine etwaig nicht datenschutzkonforme Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten beschweren.

Eine betroffene Person hat ferner das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten auf Basis eines berechtigten Interesses zu widersprechen.